

Deutsche Allgemeine Zeitung.

• Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz! • für die Spaltenzeit 20 Pf.
unter Eingangs 20 Pf.

Mittwoch,

15. October 1879.

Inserate
sind an die Expedition in
Leipzig zu richten.

Insertionsgebühr
für die Spaltenzeit 20 Pf.
unter Eingangs 20 Pf.

Telegraphische Depeschen.

* Strasburg i. E., 13. Oct. Bei seiner Anwesenheit in Colmar empfing der Statthalter General-feldmarschall v. Manteuffel in den Räumen der Präfectur die dortigen Beamten, die Geistlichkeit, den Municipalrat, eine Anzahl von Mitgliedern des Landesausschusses, des Bezirkstages und des Kreistages, sowie die Notabeln der Stadt. In Beantwortung der an ihn gerichteten Ansprache sagte der Statthalter, indem er sich zunächst an die Geistlichkeit und die Vertreter der elsässischen Körperschaften wendete, etwa Folgendes:

Ich respektiere die Abhängigkeit, welche die Elsässer gegen den großen Staat hegeln, mit dem das Land 200 Jahre verbunden war. Eine solche Zeit lässt sich nicht weglassen, aber wenn ich heute hier stehe, so bedenken Sie, dass nicht Deutschland den Krieg um Elsass-Lothringen angefangen hat, sondern dass er uns von Frankreich ausgezogen war. Wenn Sie jetzt zu Deutschland gehören, so erinnern Sie sich, dass das Land schon früher einmal 700 Jahre gemeinsame Geschichte mit Deutschland durchlebt hat, und bedenken Sie, dass Deutschland mehr wie jedes andere Land die Eigenhülligkeit seiner einzelnen Landschaften anerkennt und pflegt. Deutschland wird auch in Elsass-Lothringen das Gut pflegen und vorbildlich, was das Land in seiner Verbündung mit Frankreich gewonnen hat, in der Politik aber machen ich einen Strich und Front gegen alles, was es mit dem Auslande halten wollte. Von der Geistlichkeit insbesondere erwarte ich, dass sie dem Worte der Schrift gemäß die Obrigkeit als von Gott gesetzt anerkennt und Erfurt und Göttingen gegen sie üben und lehren wird, nicht nur in äußerer Form, sondern, wie der Apostel es ausdrückt, des Herzen wegen, also in Wahrheit und mit dem Herzen.

Den Beamten der Verwaltung gegenüber hob der Statthalter hervor, dass es nicht genüge, der allgemeinen Pflicht der Beamten gemäß alle Kräfte zum Wohle des Landes zu widmen, vielmehr sei eine besondere Ehrenpflicht gegen ganz Deutschland zu erfüllen, die darin gipfelt, dass auch der am zähdesten an Frankreich hängende Elsass-Lothringen die Vorzüglichkeit der deutschen Verwaltung anerkennen müsse. Zu den Juristen sagte der Statthalter:

Die Geistlichkeit soll das Land regieren, das ist der Standpunkt des deutlichen Reichsfliege. Von der Lazarette'schen französischen Liberalität und Egalität haben sich die beiden ersten viel mehr als Proletarier erweisen; die Egalität hat sich behauptet als Gleichheit vor dem Gesetze, und so soll sie auch hier ihr Recht erhalten.

Zum Lehrern gewandt äußerte der Statthalter:

Sie haben eine schwere, vielfach dornenvolle Aufgabe, bei der Sie sich oft mit der conscientia roci begnügen müssen; aber ehrwürdig ist sie, denn in Ihrer Hand liegt vorzugsweise die Zukunft des Landes, da Sie das künftige Geschlecht heranzubilden haben; verlieren Sie dies hohe Ziel nie aus den Augen.

* Baden-Baden, 13. Oct. Der Generalfeldmarschall Graf Molte wird morgen nach Berlin abreisen.

* Nürnberg, 13. Oct. Der Verbandstag der deutschen Gewerksvereine nahm in seiner gestrigen ersten Hauptversammlung den Bericht seines Amtnahmehrs entgegen und erklärte sich nach dem Referat

des Reichstagabgeordneten Günther über die Zwangspensionklassen einstimmig gegen letztere und gegen den bezüglichen Antrag des Reichstagabgeordneten Stumm. In der heutigen Vormittagssitzung wurde über die Verbreitung der Gewerkvereine in Süddeutschland berathen und als zweckdienliches Mittel hierzu eine den Localverhältnissen sich mehr anpassende regere Agitation bezeichnet.

* Rom, 13. Oct. Der Minister des Innern, Villa, hielt gestern bei einem Banket, das seine Wähler in Villanova veranstaltet hatten und an welchem gegen 600 Personen teilnahmen, eine längere Rede; er ging dabei auf die Reformen ein, deren Einführung beabsichtigt sei, und theilte unter andern mit, dass die Einziehung einer Anzahl von Unterpräfekturen, dagegen aber eine Vermehrung der Präfekturen in Aussicht genommen sei, deren Autonomie erweitert werden solle. Ferner constatierte der Minister, dass infolge neuer Ausgaben ein Deficit zu erwarten sei, und dass man im allgemeinen darüber einig sei, eine Ausdehnung des politischen Stimmrechts vorzunehmen. Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Paris, 12. Oct. Der Français erklärt die aus Rom telegraphisch gemeldete Nachricht von der Ersetzung des Staatssekretärs Nina durch den Cardinal Borobini für ungenau. (Nat.-B.)

* London, 13. Oct. Ein officielles Telegramm aus Simla vom 13. Oct. meldet: "General Roberts telegraphiert, die Truppen der Aufständischen sind vollständig geschlagen, die Stämme sind nach Haus zurückgekehrt. General Roberts bestätigte am 11. Oct. die Citadelle von Balahissar und beabsichtigte, am 12. Oct. seinen Einzug in Kabul zu halten. Die Notabeln der Stadt Kabul erschienen bei General Roberts, um denselben ihre Exgehen zu anzeigen."

* London, 13. Oct. Der Standard veröffentlicht in einer zweiten Ausgabe ein Telegramm ohne Datum folgenden Inhalts: "Die englische Cavalerie ist in Kabul eingezogen. Dieselbe saubt 72 Geschütze vor. Die Aufständischen sprengten vorher eine Pulverfabrik in die Luft und räumten das Fort noch vor der Ankunft der Cavalerie. Man hält den Widerstand für beendet."

* Wien, 13. Oct. Mitteilungen der Politischen Correspondenz aus Konstantinopel: "Der Ministerkath hat das Project der Aufnahme einer innern durch die Zollneinnahmen garantirten Anleihe verworfen. Auch die meisten der Botschafter sind gegen eine solche Anleihe, weil hierdurch die auswärtigen Gläubiger der Türkei geschädigt würden. Wegen der Ablehnung dieses Projects hat der Finanzminister Zuhdi-Pascha seine Entlassung gegeben, dieselbe ist jedoch vom Sultan nicht angenommen worden. Mit galanter Dankbarkeit soll wegen Gewährung neuer, durch die Einkünfte aus den Provinzen Smyrna und Saloniki gedeckten Vorläufe verhandelt werden. — Man glaubt, dass die griechischen Commissare in der nächsten Con-

ferenz der letzten Erklärung der türkischen Delegirten bezüglich des 13. Congressprotokolls mit einer kleinen Reserve beitreten werden."

Zur österreichisch-deutschen Allianz.

Die Augsburger Allgemeine Zeitung bringt in einem längeren Artikel einen Überblick der deutschen Politik seit dem Jahre 1866 bis zum Abschluss der deutsch-österreichischen Entente im vorigen Monat. Zuerst wird die Politik Deutschlands nach dem Jahre 1866 mit Rücksicht auf Österreich, Frankreich und Russland, dann die Notwendigkeit der deutsch-russischen Allianz und ferner des Drei-Kaiser-Bündnisses zur Erhaltung des europäischen Friedens beleuchtet. Alsdann wird darauf verwiesen, wie Russland vornehmlich durch den Präluminarvertrag von San-Sefano das gegebene Wort gebrochen und den Drei-Kaiser-Bund gesprengt und wie sich endlich die Notwendigkeit einer deutsch-österreichischen Allianz herausgestellt habe. Das Blatt sagt:

"Wie die Dinge jetzt liegen, ist eine bessere Gewähr für die Wahrung der Interessen Österreichs und mit denselben auch der Interessen Deutschlands im Orient nicht zu finden als die, wie man zu hoffen berechtigt ist, aufrichtige und feste Allianz beider Mächte. Von allen Bürgerschaften ferner, die dem Frieden Europas gegeben werden können, ist dieses Bündnis die weitandteste und sicherste. Dasselbe ist frei von jeder aggressiven Tendenz, nach welcher Seite es immer sein möge, und keine Macht, die gewillt ist, die bestehenden Verträge zu achten, kann sich daher dadurch bedroht sehen. Dafür gibt auch die sympathische Annahme Zeugnis, welche die Nachricht von dem österreichisch-preussischen Bündnis in England gefunden hat, trotzdem dass dort die handelspolitische Seite desselben gewisse Bedenken hervorgerufen gezeigt ist; denn was die Politik Englands vor allem in Europa erstrebt, ist die Wahrung des Friedens, die mir gedacht werden kann ohne Rücksicht der internationalen Rechtsordnung. Man sagt daher nicht zu viel mit der Behauptung, dass Deutschland und Österreich, wenn sie fest zusammenhalten, bei etwaigen Conflikten mit andern Mächten in vielen Fällen auf die thalträufige Weihheit Englands, in allen wenigstens auf dessen wohlwollende Haltung rechnen dürfen. Es ist geradezu unbearbar, dass sie England jemals in den Reihen ihrer Gegner erblicken sollten und es wäre zu wünschen, dass diese jener Theil der deutschen Presse beherzigen möge, der leider bei fast jedem Anlass sich darin gefällt, eine hämische und herabsehende Sprache gegen England zu führen."

Von welcher Wichtigkeit diese Stellung Englands zum deutsch-österreichischen Bündnis ist, ergibt sich auch aus dem Werthe, den man in Paris darauf legt, freundschaftliche Beziehungen zu England zu pflegen. Da der Gedanke an eine künftige Revanche gegen

Leipziger Stadttheater.

- Leipzig, 11. Oct. Die gefrigre Vorstellung von Wagner's "Fliegendem Holländer" war in mehrfacher Beziehung bemerkenswert. Die musikalische Leitung war diesmal in den Händen von Kapellmeister Seidel, mehrere Rollen waren neu besetzt, und außerdem gelangte die Ouverture mit einem neuen auch im Orchesterstück zur ganzen Oper wiederkehrenden Schlus zu Gehör. Die wichtigste Neuerung in der Rollenbesetzung war, dass Dr. Lederer die Partie des Erik übernommen hatte. Während man von den meisten früheren Darstellern des Erik gewohnt war, dem Charakter desselben eine vorwiegend sentimentale Färbung glichen zu sehen, war Dr. Lederer's Erik leidenschaftlicher, kräftiger gehalten, und hiermit hatte der Künstler auch das Richtige getroffen. Die erhöhte Bedeutung, welche bei dieser Auffassung Erik erhält, macht es erst begreiflich, dass Senta ihm ihre Liebe hätte schenken können. Die kleine Partie der Mary gab unsere erste Altistin Fr. Niegler. Wie von der trefflichen, eine jede ihrer Rollen mit eindringendem Verständnis und lebensvoll ausgestaltenden Künstlerin zu erwarten war, brachte sie die Rolle in jeder Hinsicht zu angemessener Geltung. Den Steuermann gab Fr. Niessl frisch und kräftig und brachte namentlich das Lied im ersten Acte, durch sein schönes Organ unterstützt, klugvoll zu Gehör. Der Holländer des Hrn. Schepers machte diesmal einen noch bedeutenderen Eindruck auf uns als früher. Die Charakteristik erschien noch mehr aus einem Guß. Aus der düster-tesignierten Grundstimmung, welcher der Künstler nament-

lich im ersten Monolog einen so gewaltigen Ausdruck ließ, brach das rein menschliche Gefühl, wo es die Aufgabe mit sich brachte, wenn auch immer eine (ganz angemessene) Zurückhaltung bewahrend, noch überzeugender, ergreifender hervor.

Bon sehr sympathischer Wirkung vermöge der Wohlheit der Empfindung war die Senta des Fr. Widl überall da, wo es galt, die tiefste Theilnahme für das Los des Holländers zum Ausdruck zu bringen; auch die gehobene Stelle im Duett mit dem Holländer: „Wohl kenn' ich Weibes heilge Pflichten“, und namentlich die Worte: „Wem ich sie weis', schen' ich die Eine: die Treue bis zum Tod!“ brachte sie zu ergreifender Wirkung; denn Ausdruck der Begeisterung am Schlusse des Duettos, ebenso aber auch am Schlusse der Ballade („Ich sei's, die dich durch ihre Treu' erlöse“) und am Schlusse der Traumerzählung Erik's („Er sucht mich auf“ &c.) hätten wir jedoch noch mehr Schwung und Macht gewünscht. Ebenso hätte in der letzten Scene mit Erik der innere Kampf in Senta's Seele wol noch lebhafster dargestellt werden müssen. Auch blieben mehrere wichtige Vorschriften des Dichters in Bezug auf das Spiel seitens der Künstlerin noch unbeachtet. Es wird derselben bei ihrer Begabung nicht schwer fallen, ihre Leistung nach den bezeichneten Seiten hin noch abzurunden. Trefflich wie immer, mit richtigem Takt von aller Uebertriebung sich fern haltend, war der Falstaff des Hrn. Neß.

Schöner Törichtes leistete, abgesehen von ein paar verwischten Stellen in der ersten Scene des dritten Actes, der Chor, ausgezeichnetes das Orchester. Kapellmeister Seidel haben wir wiederum nachzurühmen, dass

er auf sorgfältige charakteristische Ausarbeitung, auf Deutlichkeit des Vortrages hießt. Namentlich die Ouvertüre haben wir bei schwungvoller Gesamtdarstellung noch nie, sozusagen so lebhaft auseinander gesetzt gehört. Der neue Schluss der Ouvertüre unterscheidet sich von dem alten dadurch, dass dem „Erlebnismotiv“ eine noch bedeutendere Rolle zugestellt ist und durch das lebte Cessingen derselben wie aus überirdischer Ferne den Zuhörer die über das Diesseits hinausführende Macht der sich opfernden Liebe noch entschiedener zum Bewusstsein gebracht wird.

* Leipzig, 12. Oct. Gestern ging seit längerer Zeit zum ersten mal wieder Schiller's „Wilhelm Tell“ im Neuen Theater in Scene. Das volle Haus wird der Direction des Stadttheaters wol den Beweis erbracht haben, dass sich nicht nur vom Standpunkte der Kunst, sondern auch vom ökonomischen aus eine östere Aufführung klassischer Stücke rechtfertigen ließe, als es leider in der letzten Zeit der Fall war.

Die Titelrolle fand in Hrn. Johannes einen recht tüchtigen, durchaus wohldigen Vertreter. Der Künstler wusste die friedlichen und die leidenschaftlichen Momente gut auseinanderzuhalten, brachte auch besonders den Monolog in so verständnisvoller Weise zum Vortrag und gestaltete denselben so dramatisch belebt, dass einem gar wohl die Gedanken, die man gegen den für einen so erregten Moment fast zu reflexionreichen Monolog hegen könnte, schwinden mussten. Der Beifall, den das Publikum dem Künstler wiederholte spendete, war ein wohl verdienter.

Von den übrigen hervorragendern Rollen sind be-

Deutschland noch immer im französischen Volke vorherrschend ist, daß er es, auf eine Zeit, deren Ende sich nicht absehen läßt, bleiben wird, wäre vergebens sich verbrechen zu wollen. Die jetzigen Leiter der auswärtigen Politik Frankreichs mögen mit den friedlichsten Absichten erfüllt sein, eine Sicherheit für die Zukunft kann darin nicht gesunden werden. Besteht sich eine ernstliche Aussicht, durch mächtige Bündnisse die lange ersehnte Revanche zu verwirklichen, so würden Staatsmänner solchen Schlages, falls sie selbst der Versuchung zum Kriege zu schreiten, widerstehen, durch die unübersteckliche Gewalt der nationalen Strömung sofort gestützt und befeitigt werden. Einiges anderes ist es jedoch, ob man in Frankreich auf mehr als ungewisse Chancen hin die Geschicke des Landes auf den Ausgang eines furchtbaren Krieges zu stellen geneigt sein würde, und bessere als höchst ungewisse Chancen würden sich, solange die österreichisch-deutsche Allianz besteht, schwerlich jemals für Frankreich in einem Kampfe gegen Deutschland ergeben. Die Hoffnung ist daher vielleicht nicht ganz unberechtigt, daß die Zeit allmählich die Wunden des nationalen Selbstgefühls der Franzosen heilen und daß die französische Nation in die Behauptung einer hohen und ehrenvollen Stellung in Europa auch innerhalb ihrer jetzigen Grenzen ihre Befriedigung suchen und dadurch endlich wieder verschönlichen Gesinnungen gegen ihre deutschen Nachbarn Raum geben werde. Es bedarf aber keines Beweises, daß außer der Allianz zwischen Österreich und Deutschland selbst es kein besseres Mittel gibt, die französische Politik auf der jetzt von ihr versorgten Bahn der Weißig und Besonnenheit zu erhalten, als die Überzeugung, England niemals im Lager jener beiden Mächte zu finden; denn es gibt keinen dieses Namens würdigen Staatsmann in Frankreich, der nicht davon durchdrungen wäre, daß die wichtigsten Interessen seines Landes nicht besser gewahrt werden können als in einem herzlichen und aufrichtigen Zusammengehen derselben mit England.

Ob die österreichisch-deutsche Allianz auch die heilsame Wirkung haben werde, ernüchternd auf die Agitation der Partisanen der Italia irredenta zu wirken, mag dahingestellt bleiben. Die Erwartung dürfte aber nicht fehlgehen, daß sie jedem zurechnungsfähigen Politiker Italiens zur ersten Mahnung gereichen werde, nach Kräften Bestrebungen entgegenzuhalten, die gegen ein mit Deutschland verbundenes Österreich nicht ins Werk gesetzt werden könnten, ohne Italien den schlimmsten Gefahren bloßzustellen. Daß Italien im Übrigen von dem Bündnis beider Mächte nichts zu befürchten hat, bedarf keines weiteren Beweises. Es ist über jeden Zweifel hinaus gewiß, daß man in Österreich jedem Hintergedanken gegen Italien längst entsagt hat und nichts Besseres wünscht, als in herzlichem Einverständnis und friedlichem Verkehr mit demselben zu leben, und ebenso gewiß ist es, daß in Deutschland Volk und Regierung von den wohlwollendsten Gesinnungen für die italienische Nation und ihre neuvergründete Einheit erfüllt sind.

Es war der richtige Grundgedanke des alten Deutschen Bundes, in einer engen Gemeinschaft zwischen Österreich und Preußen eine starke Schutzwelt des europäischen Friedens zu schaffen. Die beständige Rivalität beider Mächte auf dem Felde der inneren deutschen Politik, die dabei bestehen blieb, beeinträchtigte jedoch häufig ihre Solidarität nach außen, bis

die sich immer mehr erweiternde Spannung endlich zum offenen Bruch zwischen beiden führte. Trotzdem muß dem Deutschen Bunde an der dem Sturze des ersten Napoleon gefolgten Epoche eines fast vierzigjährigen Friedens zwischen den Hauptmächten Europas, die ohne Vorgang in den Annalen derselben ist, ein Hauptverdienst beigemessen werden. Man darf sich allerdest nicht verbrechen, daß die gegenwärtige Lage unsers Welttheils die Bewahrung des Friedens zu einer viel schwereren Aufgabe macht, als es 1815 der Fall war. Damals waren die europäischen Völker, durch mehr als zwanzigjährige beispiellose Umwälzungen und Kriegsstürme ermüdet, zu einem Abschluß gekommen, der, mit wie vielen Mängeln er immer behaftet war, doch, wie niemals vorher, ein dankbares Feld für die Begründung einer langen friedlichen Ära darbot. Weit entfernt, einen solchen Ruhepunkt erreicht zu haben, stehen wir heute noch inmitten einer gärenden Zeit voll brennender Gegensätze und hochgehender nationaler Leidenschaften. Selbst die verheizungsvoileste Wendung vermag uns nicht aus ihr heraus mit einem Schlag an die Schwelle eines friedlichen Zeitalters zu versetzen. Aber auch bei wohlfreudigem Horizont muß das Bewußtsein, endlich den richtigen Euro zu verfolgen, unser Vertrauen auf die Zukunft kräftigen, und dieses Bewußtsein dürfen wir aus dem Zustandekommen der Allianz zwischen Österreich und Deutschland schöpfen. Der Friede Europas kann unter keinen besseren Schutz gestellt werden als unter den des Bündnisses dieser beiden Mächte, und sollte selbst dieser Schutz sich eines Tages als unwirksam erweisen, so können beide dem Sturm des Krieges, von welcher Seite her er immer über sie kommen möge, niemals getrostes Muthes entgegengehen, als wenn sie dem Entschluß, fest und aufrichtig zusammenzuhalten, unerschütterlich treu bleibten."

Die Parteigruppierung im neuen preußischen Abgeordnetenhaus.

Köln, 14. Oct. Zu der obigen hochwichtigen Frage bringt die «Post» einen beachtenswerthen Artikel. Zuerst beleuchtet sie das Stärkeverhältniß der verschiedenen Hauptgruppen im neuen Abgeordnetenhaus. „Die liberalen Parteien“, sagt sie, „finden zusammen auf kaum 150 Abgeordnete gefunken, die conservativen Gruppen auf wenigstens 165 Mitglieder gewachsen. Weder die Liberalen noch die Conservativen haben also für sich die Mehrheit; die Hälfte des Centrums würde jeder von beiden Parteien den Sieg sichern. Handelt es sich daher um einen Kampf lediglich zwischen conservativ und liberal, ständen einer conservativen Regierung die Liberalen als geschlossene Opposition gegenüber, so läge die Entscheidung in der That in der Hand des Centrums.“

Dann fährt sie fort: „So aber liegt die Sache keineswegs. Die national-liberale Partei weist den Gedanken grundfäßlicher Opposition weit von sich; zwischen den Programmen der Hannoveraner, Hessen u. c. und denen der Neu- und Freiconservativen bestehen principielle Gegensätze nicht. Dagegen trennen die gemäßigten Liberalen und die gemäßigten Conservativen sich grundfäßig in Bezug auf die Stellung des Staates zur Kirche von den Klerikalen und den Ultraconservativen, in Bezug auf die Wirtschafts- und Verkehrspolitik von dem Fortschritt.“

So scheidet sich in Wirklichkeit das Abgeordnetenhaus nicht in eine conservative und eine liberale Seite, sondern einer aus den gemäßigten Elementen beider Richtungen zusammengesetzten Mittelgruppe treten von rechts und links zwei extreme Gruppen, das Centrum und die kirchenpolitisch mit ihm auf demselben Boden stehenden Conservativen einerseits, der Fortschritt und die seiner Führung folgenden Liberalen auf der andern Seite, entgegen.

Da von den conservativen Abgeordneten, soweit dies zu beurtheilen möglich ist, wenigstens 125 der frei- und der neuconservativen Partei angehören, so bedarf es, um der gemäßigten conservativ-liberalen Mitte den Sieg zu sichern, nur der Mitwirkung von wenig mehr als 90 Liberalen.

Von dem Verhalten der national-liberalen Partei hängt es daher wiederum ab, ob die gemäßigten Elemente in dem Abgeordnetenhaus das Heft fest in der Hand behalten oder ob den Extremen eine Einwirkung eingeräumt wird, welche ihnen an sich nicht gebührt. Dazu gehört aber vor allem, daß die gemäßigt Liberalen das Bündnis mit der Fortschrittspartei völlig aufgeben und den berechtigten conservativen Ansprüchen in ebendem Maße Rechnung zu tragen lernen, wie auf der gemäßigt conservativen Seite im wesentlichen durch die Einwirkung der freiconservativen Partei die berechtigten liberalen Ideen längst Eingang gefunden haben. Mögen die gemäßigt Liberalen die Erfahrungen der jüngsten Zeit nicht unberücksichtigt lassen und endlich zu einem entschloßnen Zusammensetzen mit den conservativen Mittelparteien sich aufraffen!

Ganz der gleiche Gedanke der Bildung einer conservativ-liberalen Mittelpartei wird zu unserer Freude (wir selbst haben bekanntlich stets unentwegt daran festgehalten) auch in einem unserer größten liberalen Organe, der «Kölnischen Zeitung», warm empfohlen. „Die Freiconservativen“, sagt sie (und der obige Artikel der «Post» bestätigt dies), „würden ohne Zweifel in eine Verbündung mit den von dem sehr gemäßigten Miquel geleiteten National-Liberalen weit lieber eingehen als in die mit dem Centrum, und von dem jetzt zusammengefaßten Conservativen würde auch die größere Hälfte (um v. Rauchhaupt und v. Wedell-Malschow) willig dem leitenden Ministerpräsidenten zu dieser Verbündung folgen. Der Fürst kann also noch immer jene Mehrheit der vereinigten Mittelparteien wieder zu Ehren bringen, mit deren Hilfe er 1867–73 seine großen Zwecke durchzuführen im Stande gewesen ist. Es ist die Sache unserer gemäßigt-liberalen Freunde, ein Sessionssprogramm aufzustellen, welches dem Fürsten die Überzeugung gibt, daß ein erneuertes Bündnis mit den National-Liberalen ihn leichter und sicherer zu seinen Zielen fördern würde als ein Bündnis mit dem Centrum und den Agrariern.“

Die Evangelische Generalsynode in Berlin.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung in der Sitzung vom 13. Oct. war die Vorlage des Oberkirchenrates betreffend die Anbahnung zur Einrichtung eines gemeinsamen Buß- und Bettages in sämtlichen deutschen evangelischen Kirchen. Oberconsistorialrat Dr. Frhr. v. d. Goltz als Referent:

Nachdem mehrfach in dringender Weise von einzelnen Provinzialsynoden das Bedürfnis nach einer Verlegung des bisherigen preußischen Bußtages geäußert worden, hatte

Bottich hervorholen. Die Verleugnungen, die ein hinzugezogener Arzt an den Verunglückten constatierte, waren förmlicher Art. G. hatte einen complicierten Bruch des rechten Oberschenkels, Losreitung des Fleisches vom halben Bein bis auf die Knochen und doppelten Bruch des linken Arms. G. außer einer Verstauchung des Rückgrats einen Bruch des rechten Beins und rechten Arms, sowie eine Ausrenkung des linken Arms erlitten. Beide Verletzte wurden in absolut hoffnungslosem Zustande ohne Bewußtsein nach dem Paracelsuslazaret in Moabit geschafft. Der Bericht über den Vorfall wurde der königlichen Staatsanwaltschaft umgehend übergeben.“

— Der in Berlin bei L. Schleiermacher erschienene „Evangelische Notiz-Kalender“ auf das Schaltjahr 1880, herausgegeben von C. Baumann, Archidiakonus an Sanct-Esaiabell zu Berlin, enthält im ersten Theile eines Schreibkalenders nebst Tageskalender, dann eine Menge Notizen über Geistliches und Profanes („Christliche Feierordnung“, „Post- und Telegraphenposten“ u. c.), ferner ein Notizbuch mit verschiedenen Rubriken; im zweiten Theile ein Verzeichniß der General-Synodal-Mitglieder (mit Angabe ihrer Parteistellung); ein Verzeichniß sämtlicher königlichen Kreis-Schulinspektoren; eine Pensumsvorstellung für den Unterrichtsstoff für die sechsklassige Volksschule; einen Normalplan für den eventuellen Religionsunterricht in den Schulen Berlins; eine kritische Uebersicht der theologischen Literatur des Jahres 1879, und Anzeigen.

— Das „Reichsgesetz“ betreffend den Bericht mit Nahrungsmittelen, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen vom 14. Mai 1879, erläutert von Karl Ernst Baer, großherzoglich badischem Kreisgerichtsrath (ernannt zum Oberlandesgerichtsrath), Reichstagsabgeordneten und Mitglied der Reichstagscommission für das Nahrungs- undmittelgesetz, ist als Separatabdruck aus der „Gesetzesgebung des Deutschen Reiches mit Erläuterungen“ erschienen (Erlangen, Palm u. Enke).

sonders der Stauffacher des Hrn. Pettera, der Melchthal des Hrn. Ellmenreich, der Attinghausen des Hrn. Sommerstorff und der Geßler des Hrn. Hans Förster hervorzuheben, welche genannten Künstler ihren Aufgaben in jeder Beziehung gerecht wurden. Eine recht fernige, gewissenhafte und durchaus entsprechende Wiedergabe sandt der Walther Körner durch Hrn. Ulrich, dem man diesmal und mit Recht eine größere Partie als gewöhnlich anvertraut hatte. Gleichfalls recht charakteristisch waren der Fischart des Hrn. Pohl und der Baumgarten des Hrn. Conrad, welcher leichtgezeichnete treffliche Künstler sein gestaltungstreies Talent in einer seinem eigentlichen künstlerischen Naturell ferner liegenden Rolle wiederum bewies. Der musikalische Eingang des Stükos, getragen von der ansprechenden Musik des Kapellmeisters Neinecke, wurde durch den Gesang des Hirten (Hrn. Lieban), des Fischartknaben (Hrl. Tullinger) und des Jägers (Hrn. Libert) stimmgünstig wiedergegeben.

Bon den vielen übrigen kleinen Partien möchten wir noch den Rudenz des Hrn. Hößner, der bemerkenswerte Fortschritte an den Tag legte, anerkennend hervorheben. Die bedeutendern Frauenrollen: Gertrud (Frau Senger), Hedwig (Hrl. Kirchhoffer), Bertha v. Brunet (Hrl. Satran) und Armgard (Frau Western), waren in guten Händen, wie auch die sichere und herzige Wiedergabe der Aduen Tell's durch Amanda Lindner und Hrl. Schneider rühmend hervorgehoben zu werden verdient. Was die Bölszenen betrifft, so ließen dieselben die erforderliche dramatische Belebung bisweilen vermissen und litten hier und da an einer merklichen Unsicherheit der einzelnen Beteiligten.

Berliner Blätter berichten aus Berlin vom 13. Oct.: „Ein entsetzlicher Unglücksfall hat sich am Sonnabend Nachmittag gegen 4 Uhr in der Ahrens'schen Brauerei in Moabit ereignet. Die beiden Brauer G. und H., noch junge Leute in den zwanziger Jahren, waren zur angegebenen Zeit damit beschäftigt, im Innern eines der großen Maischbottiche die Maische vermittelst Befen zu entfernen. Plötzlich geriet das Rührwerk des Maischbottichs aus bisher nicht aufgeklärtem Grunde in Bewegung und die Unglücksfälle wurden nun von den mächtigen Flügeln des Werkes wie Federblätter hin und her geschleudert. Bei dem gewaltigen Getöse, das in dem Maschinenraume herrschte, verhulten die Hülferufe der Armen vollkommen, und erst der zufällig hinzukommende Maschinenmeister Görning bemerkte die gräßliche Gefahr, in welche die beiden Brauereihallen schwieten. Die Kleider waren ihnen fast völlig vom Körper gerissen worden, während sie selbst, zu unvorstellbaren Klumpen entstellt, in dem Bottich mit furchtbarem Wucht hin- und hergeworfen wurden. Maschinenmeister G. war nicht im Stande, den Unglückslichen mit eigener Hand Hülfe bringen zu können, erst als auf seinem Ruf die Werke des ganzen Raumes zum Stillstand gebracht worden waren, konnte man die völlig zerfetzten und zerissen aus dem

viele deutsche e
viet, daß 1) sammen Buß-
Kirchen ampu-
Freitag im S-
tag, die S-
eisenacher Co-
kirchenab-
handlungen d-
General
Vorschlag, n-
allgemeinen
sehen, beton-
tern, schon
Schuld, an-
durch die C-
den sei; da
Veranlassun-
reuzig in d-
schlagene B-
Stichhaltige
Daraus großer Maj-
Hierauf Westfalen n-
ten und Ne-
Rath S. 5
Mitgliede o-
jedes Kilom-
per Eisenba-
3 M. bew-
ohne Debat-
Es fol-
des Synoda-
rath hinauf-
dahin zu v-
Berlin von
den, für ei-
Kranken, v-
tragen.
Dr. Fr-
so, daß die
betreffenden
Stimme er-
find, einem
rädtische Be-
wenn er nic-
sach eine C-
Generalshu-
generall
Haarsträ-
stände! Wer
ihre Gifft ung-
der Reichen,
den dargeleg-
der Oberfor-
sich die Z-
In den Jäh-
bei 800000
weitern nicht
für das leib-
das in die C-
rung der gei-
ta! Wenn u-
gehen: „Der
Ein A-
Böttcher an-
lehnt; der
zum Beschl-
handlungen
Wie die
Generalshu-
zugehen, w-
zum Volkss-

In ein-
Correspond-
Bereinig-
man es sch-
mitgetheilte
lung überrei-

Der fri-
reich-Ungarn
bin eine Ge-
gelegenheiten
Sicherung d-
des europä-
Verträge ge-
lichen Bezieh-
endlich die
Reiche und
men auf den
wie sie den

Zum C-
ausdrücklich
wegs gege-
fremde Na-
als Dritte
Erhaltung
und zu ver-

Die Tho-
und Desse-

die deutsche evangelische Kirchenkonferenz in Eisenach resolut, daß 1) das Bündnis zur Herstellung eines gemeinsamen Buß- und Bettages für die deutschen evangelischen Kirchen anzuerkennen; 2) als Tag für denselben der letzte Freitag im Kirchenjahr vorzuschlagen sei. Referent beantragt, die Synode wolle sich mit den Resolutionen der Eisenacher Konferenz einverstanden erklären, sowie den Oberkirchenrat um baldige Einleitung der betreffenden Verhandlungen zu ersuchen.

Generalsuperintendent Dr. Erdmann macht den Vorschlag, neben dem beizubehaltenden preußischen einen allgemeinen deutschen Buß- und Betttag einzuführen zu sehen, betont aber eindrücklich das Bündnis des letzten, schon im Hinblick auf die große gemeinsame Schuld, an der ganz Deutschland trage, seitdem es durch die Gnade Gottes zur Einigung geführt worden sei; das ganze deutsche Volk habe nur zu sehr Veranlassung, sich an einem Tage wie Ein Mann reuig in den Staub zu werfen! Gegen die vorgeschlagene Zeit am Ende des Kirchenjahres sei nichts Störsichtiges einzutragen.

Hierauf wird den Anträgen des Referenten mit großer Mehrheit zugestimmt.

Hierauf referiert Synodale Superintendent Polster-Westhausen namens der Finanzcommission über die Diäten und Reisekosten der Mitglieder der Generalsynode. Nach §. 5 der Generalsynodalordnung sollen jedem Mitgliede an Tagesspenden 12 M. an Reisekosten für jedes Kilometer per Post 60 Pf.; für jedes Kilometer per Eisenbahn 13 Pf.; für jeden Zu- und Abgang 3 M. bewilligt werden. Die Synode erklärt sich ohne Debatte mit diesen Sätzen einverstanden.

Es folgt nunmehr die Berathung des Antrags des Synodal-Conseilspräsidenten Hegel: den Oberkirchenrat aufzufordern, bei der königlichen Staatsregierung dahin zu wirken, daß die städtischen Behörden von Berlin von Staatsaufsichts wegen dazu angehalten werden, für eine ausreichende Seelsorge in den städtischen Kranken-, Irren- und Correctionsanstalten Sorge zu tragen.

Dr. Frhr. v. d. Goltz-Berlin versteht den Antrag so, daß die Synode allgemein im Interesse sämtlicher betreffenden Anstalten, nicht bloß der Berliner, ihre Stimme erhebt, wenn alle Schritte vergebens gewesen sind, einem solchen Unwesen zu steuern! Die jetzige städtische Verwaltung sorge nicht für einen Geistlichen, wenn er nicht ausdrücklich verlangt werde, das sei einfach eine Grausamkeit! (Bravo!) Hier müsse die Generalsynode eintreten, damit die Staatsregierung generell die Angelegenheit ordne!

Generalsuperintendent Dr. Büchsel:

Daßträchtigend, ja himmelschreitend sind die heiligen Bußstände! Wer sich aber genau die biegsige Presse ansieht, die ihr Gift umgebunden verspricht darf, den lächerlichen Luxus der Reichen, das Elend der Armen — wer ist schuld an den dargelegten kirchlichen Nothständen? Das Consistorium, der Oberkirchenrat, der Minister? Nein! Und doch haben sich diese Zustände unter unserer aller Augen entwickelt! In den sämmlischen Berliner Kirchen sind 40000 Sitzplätze bei 800000 evangelischen Christen; aber auch diese sind bei weitem nicht besetzt! Der Berliner Magistrat ist sehr beforgt für das leibliche Wohl seiner Bürger; er vergnügt Millionen in die Erde, aber für religiöse Pflege, für die Förderung der geistigen Gesundheit sind keine Gelder, keine Rende! Wenn nichts hilft, dann wird das Wort in Erfüllung gehen: „Der Herr sah die Stadt an und weinte über sie.“

Ein Antrag der Synodalen Dr. Boretius und Böttcher auf Übergang zur Tagesordnung wird abgelehnt; der Antrag Hegel mit überwiegender Mehrheit zum Beschluss erhoben und sodann die weiteren Verhandlungen auf Dienstag vertagt.

Wie die Neue Preußische Zeitung hört, wird der Generalsynode noch eine Vorlage des Oberkirchenrates zugehen, welche das Verhältnis des Kirchenregiments zum Volkschulwesen behandelt.

Deutsches Reich.

In einem offiziellen berliner Briefe der Politischen Correspondenz findet die deutsch-österreichische Vereinigung (der sogenannte „Weitere Bund“, wie man es schon zu nennen beginnt), eine mit dem oben mitgetheilten Artikel der Augsburger Allgemeinen Zeitung übereinstimmende Befprechung. Es heißt darin:

Der friedliche Freundschaftsbund Deutschlands mit Österreich-Ungarn bedroht niemand; er beweist nach seiner Seite hin eine Gebietserweiterung, keine Einnahme in die Angelegenheiten fremder Nationen. Wohl aber beweist er die Sicherung des beiderseitigen Gebietes, die Aufrechterhaltung des europäischen Rechtszustandes, wie er durch diejenigen Verträge geschaffen worden, auf denen heute die völkerrechtlichen Beziehungen der europäischen Nationen beruhen, und endlich die Förderung der materiellen Entwicklung beider Reiche und ihrer Staatsangehörigen durch solche Maßnahmen auf dem Gebiete des Wirtschafts- und Verkehrslebens, wie sie den gemeinsamen Interessen entsprechen.

Zum Schluss betont der Correspondent noch einmal ausdrücklich, daß die österreichisch-deutsche Entente keineswegs gegen Russland, wie überhaupt gegen keine fremde Nation gerichtet sei. Im Gegenteil sei jede als Dritte in diesem Bunde willkommen, welche die Erhaltung des bestehenden Rechtszustandes zu fördern und zu verbürgen gewillt sei:

Die Thatsache des festen Zusammenstehens Deutschlands und Österreich-Ungarns bildet in sich eine so starke Frie-

bensbürgschaft, daß kriegerische Bellettiäten, wo sie auch eintreten mögen, diesem Gegengewicht gegenüber nicht zur Geltung kommen können. Durch diese scheinbar negative, aber doch sehr positive Wirkung sichern beide Mächte sich und Europa den Frieden, und last möchte es in diesen letzten Tagen scheinen, als ob die züglose Petersburger Presse sich der Logik der Thatsachen bewußt zu werden beginne.

— Aus Berlin vom 12. Oct. wird der Kölnischen Zeitung geschrieben: „Aus guter Quelle erfährt man, daß es in Wien nicht blos bei militärischen Verabredungen geblieben, sondern zwischen Deutschland und Österreich ein förmlicher Vertrag abgeschlossen worden ist. Das Bündnis zwischen beiden Reichen ist nur zum Schutz der beiderseitigen Interessen bestimmt und daher für niemand bedrohlich, auch nicht für Russland, wenn dieses sich entschließt, die Bedingungen des Berliner Friedens zu achten und die pan-slawistischen Willkürereien nicht zu begünstigen. Kaiser Wilhelm, welcher das freundliche Verhältnis zu Russland zu bewahren wünscht, hat sich in die neue Wendung der Dinge nicht ohne Widerstreben gefügt, indessen sich von deren Notwendigkeit überzeugt.“

— Auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878 wurde verboten die im Jahre 1878 im Verlage der Volksschuhändlung in Zürich erschienene und in der schweizerischen Vereinsbuchdruckerei zu Hötting-Zürich gedruckte nichtperiodische Druckschrift „Zur orientalischen Frage oder: Soll die socialistische Arbeiterpartei örtlich werden? Ein Mahnwort an die deutsche Socialdemokratie von H. L.“.

Preußen. — Berlin, 13. Oct. Bekanntlich beabsichtigt die Regierung, dem Landtage in der bevorstehenden Session einen Gesetzentwurf über die Durchführung von Secundärexpressbahnen zugehen zu lassen. Solange die Ausarbeitung dieser Vorlage nicht abgeschlossen ist, können Mittheilungen darüber nur ungenau sein. Es ist deshalb darauf aufmerksam zu machen, daß es bei dem Bau dieser Eisenbahnen auf sehr verschiedene Verhältnisse ankommt. Man muß unterscheiden: 1) solche Bahnen, an welchen der Staat allein ein Interesse hat, 2) solche, welche nur einzelnen Interessentenkreisen zum Vortheil gereichen können, und 3) solche, bei denen das Interesse des Staates und der Privaten in gleicher Weise im Spiele ist. Diesen Verhältnissen nach kann der Bau nicht nach einem in sich gleichmäßigen Systeme ausgeführt werden.

— Strousberg's Kleines Journal meldet, die Regierung beabsichtigt nicht eine Vorlage wegen Revision der Maigesetze für die nächste Session, ebenso wenig wegen Verlängerung der Legislaturperiode; letztere sei dem Reichstage vorbehalten. Zur Zeit finden wir keine andere Quelle für diese Nachricht.

— Die National-Liberale Correspondenz schreibt: „Nachdem der erste Siegesrausch vorüber, finden wir in den conservativen Blättern allmählich wieder eine ruhigere und unbefangenere Ansicht der durch die Wahlen erzeugten Sachlage. Nachdem man den Untergang des Liberalismus weißlich aufspaut und mit lautem Jubel verkündigt hatte, kommt man auch im gewäßigt conservativen Lager zu der Einsicht, daß trotz aller Niederlagen die liberalen Parteien noch keineswegs tot sind, sondern noch immer eine recht ansehnliche Machtstellung einnehmen. Das Centrum ist eben eine Stütze von sehr zweifelhafter Zuverlässigkeit und es könnte doch sein, daß man die National-Liberalen wieder gebraucht. Schon die Provinzial-Correspondenz warf neulich ihre Angel nach dem «rechten Flügel» der National-Liberalen aus, ähnliche Gedanken finden wir in der Wochencorrespondenz der Deutschen Reichspartei, die sogar zwischen den Programmen der National-Liberalen aus Hannover, Hessen u. c. und denen der Neu- und Freiconservativen keine prinzipiellen Gegensätze entdecken will. Wir erkennen in diesen Auslassungen das Eingeständniß, daß die Lage für die Regierung doch keineswegs so sicher und günstig ist, wie es im ersten Uebereifer oft ausgemalt wurden. Die national-liberale Partei hat sich ja auch oft genug dagegen verwahrt, eine Politik des Schmollens und der Opposition um jeden Preis einzuschlagen; den Ruhm unbefangener sachlicher Prüfung jeder einzelnen gesetzgeberischen Frage haben ihr auch die Gegner nicht bestritten. Allein daß seit der letzten Reichstagsession und den Vorgängen bei den Wahlen die Stellung der National-Liberalen zu der Regierung eine gründlich veränderte geworden und das Zusammensehen aufs äußerste erschwert ist, das bedarf doch wahhaftig keiner Auseinandersetzung. Wenn sich conservativ-gouvernementale Blätter eine Majorität von Hall zu Hall denken, die bald aus den Conservativen und dem Centrum, bald aus den Conservativen und den National-Liberalen besteht, so fassen sie denn doch die Politik allzu sehr als ein unzusammenhängendes Konglomerat einzelner gesetzgeberischer Acte auf. Mit Ultramontanen und National-Liberalen zugleich kann man es nun einmal nicht halten, die Regierung muß zwischen beiden die Wahl treffen.“

— Die fortschrittliche Breslauer Zeitung sagt in einem „Nach der Wahlcampagne“ überschriebenen Artikel: „Da hilft kein Verschweigen und Verbergen — sagen wir

es nur offen heraus: die liberalen Parteien, und zwar Fortschrittspartei und National-Liberale, haben eine entschiedene Niederlage erlitten; seien es 80 oder 100 oder noch mehr Sitze, die sie verloren haben, gleichviel, die Conservativen und das Centrum haben gesiegt. Man erinnert an die Landtagskammer der fünfzig Jahre: aber es ist ein Unterschied. Damals unter Westfalen-Ostfalen arbeitete die Regierung selbst mit Hochdruck für die Conservativen; ob die Mittel gelegentlich waren oder nicht, danach wurde nicht gefragt; die Liberalen wurden in alter Weise versetzt, die Conservativen geflüchtet und befördert. Heute hat man von einer speziellen, sozusagen persönlichen Einwirkung der Regierung nichts gemacht; die paar Artikel der Provinzial-Correspondenz können einen derartigen Umsturz nicht bewirkt haben. Die Blätter der conservativen Partei haben allerdings auf die Wahlen eingewirkt, aber die Blätter der liberalen Partei nicht weniger und vielleicht noch mehr, kurz der wirklich amtliche Einfluß, der in den fünfzig Jahren alles machte, ist heute bis auf ein Minimum verschwunden. Das Volk selbst hat gesprochen... Und der besiegte Liberalismus, der durch das Volk, nicht durch die Regierung besiegt und niedergeschlagenen Liberalismus? Nun er wird weiter kämpfen... Vor allem wird die Defensive, zu welcher er jetzt gedrängt ist, auch zur Verteilung innerhalb der Parteien beitragen. Denn Fehler — auch das wollen wir nicht leugnen — haben ja die liberalen Parteien begangen, sonst hätte der Umsturz nicht erfolgen können; ein gewisser Übermut hatte sie ergriffen.“

— Die Magdeburgische Zeitung schreibt: „Dem Briefe eines hochgeachteten Veteranen des Liberalismus in einer unserer alten westlichen Provinzen entnehmen wir folgende Stelle: «Ich sehe sehr schwärz in unsere nächste politische Entwicklung und frage: haben wir denn das verdient? Da ich aber schon schlimmere Phasen durchgemacht habe, so will ich den Mut nicht noch sinken lassen und hoffen, daß unsere gute Sache doch noch einmal den Tag ihres Triumphes zum Besten unseres Landes haben werde. Inzwischen wollen wir nicht verzweifeln. Läge nur die Aussicht etwas näher, daß die Partei sich reiner nach politischen Beziehungen constituiert!“

— Die »Post« berichtet verschiedene irrite Angaben, die gelegentlich der Wahlen den Weg in die Presse gefunden hätten. Erstens habe Staatsminister Dr. Hall niemals der freiconservativen Fraktion angehört; als er in den Jahren 1867—70 (damals noch nicht Minister) Mitglied des Abgeordnetenhauses gewesen sei, habe er zu den Altliberalen gehört. Zweitens sei auch Dr. Hobrecht nur irrtümlich den Freiconservativen zugezählt worden. Dagegen werde, drittens, der an Stelle des Staatsministers Dr. Lucius in Erfurt gewählte Dr. v. Heppen ebenso fälschlicherweise als „Conservativer“ schlechthin bezeichnet, da er doch vielmehr freiconservativ sei.

— Aus Frankfurt a. M. vom 11. Oct. berichtet die Neue Frankfurter Presse: „Aus dem Kreise der hiesigen politischen Freunde Dr. Lasler's hat sich ein Comité gebildet, um diesem bisherigen Landtagsabgeordneten des frankfurter Wahlkreises an seinem 50. Geburtstage — 14. Oct. 1879 — als Zeichen der Anerkennung eine Ehrengabe zu überreichen. Dieselbe besteht in einer in reichem Renaissancegeschmack gearbeiteten, mit einer Justitia gekrönten Vase. Der Grund ist Gold, die ciselirten Reliefs sind in mattem Silber. In einzelnen Feldern sind in passender Vertheilung neben der Widmung die Daten der wichtigsten Momente der parlamentarischen Thätigkeit Lasler's bezeichnet.“

— Die National-Liberale Correspondenz bringt einen längeren Artikel über die dermalen in Preußen wieder lebhaft in den Vordergrund getretenen Frage: Simultan- oder Confessionsschule. Sie widerlegt zunächst das (auch anderwärts oft gehörte) Mißverständnis, als ob „Simultan-Schule“ und „confessionlose Schule“ dasselbe sei. „Eigentliche confessionlose Schulen“, sagt sie, „d. h. solche, in denen kein oder nur ein confessionloser Religionsunterricht vertheilt würde, gibt es überhaupt in Preußen nicht. Die Unterichtsverwaltung hat bisher nur zugelassen, daß da, wo es im Interesse der Erziehung oder in dem der betreffenden Gemeinden liegt (wo man z. B. aus zwei Schulen mit ungünstigen Leistungen Eine gute machen kann, oder wo die Mittel der Gemeinden zur Unterhaltung mehrerer confessionell getrennter Schulen nicht ausreichen), daß da die Kinder verschiedener Confessionen in einer Schule vereinigt werden können. Die Kinder erhalten darin den Religionsunterricht gelehrdet von Lehrern oder Geistlichen ihrer Confession, den übrigen Unterricht gemeinsam. Die Kinder sollen doch später mit den Angehörigen anderer Confessionen einträchtig und friedlich verkehren; es ist daher gut, wenn sie dies schon in der Schule lernen. Wo confessionell getrennte Schulen bestehen, besonders in mittleren und kleinen Orten, sieht man die Böglings der selben häufig schon Strafenschlächte aufführen, welche von gegenseitigen Verhöhungen der Confessionen begleitet sind. Wo paritätische Schulen bestehen, kennt man dies nicht.“

Schon nach dem Allgemeinen Landrecht seien die öffentlichen Schulen den Kindern jeder Confession zugänglich. „Confessionelle Schulen“ seien der preußischen Gesetzgebung gänzlich fremd; Wort und Sache

Jenen bis 1848 in Preußen vollständig unbekannt gewesen: das habe unter anderem der Abg. Gneist in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 23. Jan. 1878 schlagend nachgewiesen. In dieser Sitzung handelte es sich um eine Petition katholischer Interessenten aus Neuhof bei Heilbronn. In diesem Dorfe hatte eine evangelische Schule mit 20 Kindern und eine katholische Schule mit 100 Kindern in je einer Klosse bestanden. Der katholische Lehrer war überblendet; bei Festhaltung an dem System „confessioneller“ Schulen hätte eine neue Lehrkraft angestellt werden müssen; das wurde vermieden, indem beide Schulen zu einer einzigen vereinigt wurden. Die dagegen geführten Beschwerden wurden damals vom Cultusminister Dr. Hall wie vom Abgeordnetenhaus zurückgewiesen. Der neue Cultusminister, v. Puttkamer, hat nun soeben in einem eklatanten Falle sich auf den entgegengesetzten Standpunkt gestellt. In der Stadt Elbing sah es vor einem Menschenalter mit dem Volksschulwesen traurig aus. Es gab nur ein- und zweiflächige Schulen mit engen, ungesunden Localitäten. Trotz vieler pecuniären Schwierigkeiten hat nun die Stadt beträchtliche Opfer für ihr Schulwesen ausgebracht. Es ist in allen Bezirken der Stadt eine Reihe schöner, großer, gesunder, sechsklassig eingerichteter Schulhäuser entstanden. Mit Genehmigung der Regierung und des Cultusministers wurden diese Schulen paritätisch gestaltet. Die sogenannte „Simultanisierung“ der Mädchenschulen ist seit zwei Jahren beendet, die der Knabenschulen sollt am 9. Oct. mit Beginn des Semesters ihren Abschluss finden. Da langte ein Telegramm des Cultusministers dort an, welches die Durchführung der früher von der Regierung genehmigten Simultanisierung inhibierte. „Eine neue Ära“, sagt die National-Liberal Correspondenz, „hat in unserer Unterrichtsverwaltung begonnen. Wird diese neue Ära für unser Vaterland von Segen sein? Wir müssen dies beweisen.“

Thüringische Staaten. J. Aus Thüringen, 12. Oct. In Eisenach sind heute die Delegirten der thüringischen Gewerbevereine versammelt, um über Innungs-, Lehrlings- und Gesellenwesen, Reform der Gewerbeordnung, die Stellung des thüringischen Gewerbeverbandes zu den Innungen und Gewerbevereinen und der letztern zu den Gewerbelämmern zu berathen. Es sind 17 Delegirte anwesend, die Gewerbevereine von Erfurt und Weimar haben sich dem Gewerbevereinsverbande nicht angeschlossen. — Das gemeinschaftliche Landgericht in Meiningen hat bis jetzt bei sich selbst 25 Rechtsanwälte zugelassen, darunter 13 aus dem Herzogthum Meiningen, 10 aus Coburg und 2 aus Preußen. (Schwabsalben).

— Aus Coburg vom 12. Oct. wird der augsburger Allgemeinen Zeitung berichtet: „Die heutige Generalversammlung der Volkspartei beschloß die Wiederwahl des Frankfurter Ausschusses und die Wahl eines weiteren Ausschusses von zwölf Mitgliedern. Die nächste Generalversammlung soll in Frankfurt a. M. stattfinden.“

Baiern. Der Finanzausschuss der Kammer der Abgeordneten hat den Gesetzentwurf, den Walzauftschlag betreffend, berathen und die ganze Regierungsvorlage mit Ausnahme der Art. 2 und 9, welche noch zu berathen sind, genehmigt. Die Debatte war sehr lebhaft und betheiligt sich an derselben hauptsächlich die Abg. Grüner und Dr. Rittler, welche gegen, dann die Abg. Dr. v. Schauß und Freytag, welche für die Regierungsvorlage sprachen. Bei der Abstimmung erklärten sich von der patriotischen Partei lediglich die Abg. Freytag und Walter für, die übrigen Mitglieder derselben gegen das Gesetz. Zum Schlusse der Sitzung erklärte Finanzminister v. Riedel, daß er auch eine Branntweinstuer und zwar eine solche, die den Consumenten tresse, in Vorlage zu bringen gedenke, worauf Abg. Dr. Freytag erwiderte, er möge dies nur sobald als möglich thun.

Baden. f. Aus Baden, 10. Oct. In Heidelberg fand vom 5. bis 7. Oct. die Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins unter sehr großer Beteiligung statt. Es wurden verschiedene Vorträge gehalten, deren Grundgedanke der war, daß der weiblichen Jugend beim Verlassen der Schule die ausreichende Gelegenheit fehlt, sich für ihren natürlichen Beruf als Frau und Mutter vorzubereiten und sich jene Fähigkeiten zu verschaffen, welche ihr eine selbständige Existenz ermöglichen, wenn sich der natürliche Beruf nicht erfüllt. Wie ich höre, hat der badische Zweigverein es abgelehnt, sich an der Versammlung zu betheiligen, was um so mehr auffällt, als die Bestrebungen derselben nur auf die Verwirklichung praktischer und keineswegs utopischer Ziele gerichtet sind. In einer Vorversammlung wurde der alte Vorstand des Allgemeinen Frauenvereins wieder gewählt (Luise Otto-Peters, Auguste Schmidt, Alwine Winter, Henriette Goldschmidt, sämtlich in Leipzig, Lina Morgenstern in Berlin, Marianne Menzler in Dresden, Marie Calm in Kassel); zum Präsidium des Frauentages ernannte man die Damen Otto-Peters in Leipzig, Scheppeler-Lette in Berlin (Vorsitzende des

Leite-Vereins derselbst), Frau v. Homberg in Darmstadt (Vorsitzende des Alice-Vereins derselbst), beide anwesend als Delegirte des Berliner Vereinerverbandes, Frau Hofratz Holzmann und Fr. Faller (Institutsvorsteherin), beide aus Heidelberg, Fr. Uffmann in Hannover und Fr. Ammermüller in Stuttgart (Vorsitzende des schwäbischen Frauenvereins). — In Bruchsal fand endlich am 6. und 7. Oct. der erste badische Lehrertag statt, auf welchem die Angelegenheiten der Pestalozzi-Stiftung, des badischen Lehrervereins und der badischen Lehrerwitwen- und Waisenstiftung verhandelt wurden. Die Pestalozzi-Stiftung verfügt bei einer Mitgliederzahl von 1894 über ein Vermögen von 215394 M., das erst im Laufe dieses Jahres gegründete Witwen- und Waisenstift bei etwa 800 Mitgliedern über 27634 M. Gegenüber den Verdächtigungen, denen der badische Lehrerstand in letzter Zeit seitens der rücksichtlichen Presse ausgesetzt ist, wurde von den Mitgliedern des Lehrervereins folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung ist sich bewußt, daß weitauß die große Mehrzahl des badischen Lehrerstandes ihre Pflichten treu und gewissenhaft erfüllt und eine ihrem Stande entsprechende Haltung beobachtet. Sie erkennt jedoch mit Bedauern an, daß einzelne beklagenswerthe Missstände in jüngster Zeit zu Tage getreten sind. Sie kann deshalb nur wünschen, daß solche Vorlesungen mit möglichster Strenge erforciert und geahndet werden. Dabei dürfte der Wunsch gerechtfertigt sein, daß zur Vermeidung der Verleugnung der Standesherrsche die Untersuchung möglichst durch die dienstliche Behörde geschieht.“ Es ist zu betonen, daß die „einzelnen beklagenswerthen Missstände“ nur in der jüngern Lehrerwelt und auch da nur bei solchen Individuen zu Tage getreten sind, welche zur Zeit des Lehrermangels von der Behörde ohne Rücksicht auf deren qualitative und stiftliche Verfähigung in den Lehrerstand hineinbugstiert worden sind.

Österreich-Ungarn.

Aus Wien wird uns geschrieben, daß Graf Andrássy bei der Verabschiedung von den Beamten seines bisherigen Ressorts nochmals ausdrücklich die völlige Übereinstimmung seiner Ansichten mit denen seines Nachfolgers betont habe. Der Graf reiste dann nach Budapest ab, wo er im Club der liberalen Partei erschien, in den er sich aufnehmen ließ. Sodann begab er sich am 11. Oct. auf sein Gut nach Terebes, wo er den nächsten Monat hindurch verweilen will. Man sagt, Andrássy wolle nicht bloss ins Oberhaus eintreten, sondern auch sich in die Delegation wählen lassen, um zu zeigen, „wie man eine Regierung unterstützen müsse“.

Italien.

Nach einer der wiener Politischen Correspondenz aus Rom zugehenden Meldung vom 11. Oct. ist dort das Gericht von der bevorstehenden Dimission des päpstlichen Staatssekretärs Cardinal Nina und dessen in Aussicht stehender Erstzung durch den Cardinal Jacobini verbreitet. (S. jedoch Telegraphische Depeschen.)

— Der Neuen Preußischen Zeitung schreibt man aus Rom vom 30. Sept.: „Die Gazzetta d’Italia erblüht verschiedne schwarze Punkte am politischen Horizont. „Die österreichisch-deutsche Allianz ist also geschlossen“, ruft sie aus; „das Reich der Habsburger ist nicht nur des Besitzes von Bosnien und der Herzegowina, sondern auch des Sandzaks von Novibazar sicher und kann sich sogar bis Saloniki ausdehnen.“ Ein schwarzer Punkt für Italien existirt nach dem obengenannten Journal in dieser Allianz deshalb, weil Italien, wenn es sich mit Österreich in einen Krieg verwickele würde, nicht auf die mindeste Hülfe Deutschlands würde rechnen dürfen. Für Frankreich habe diese Allianz gleichfalls ihren schwarzen Punkt, weil Frankreich im Falle eines Revanchekrieges für die Wiedererwerbung von Elsaß-Lothringen auf keine Hülfe von seiten Österreichs rechnen könne. Auf Russland dürfe Frankreich auch nicht zählen; denn erstens sei ein Krieg zwischen Russland und Deutschland noch äußerst fern, und dann sei kein Zweifel, daß sich Russland mit Deutschland verständigen werde.“

Dies sollten, meint die Gazzetta d’Italia, die Franzosen nicht vergessen, welche, obwohl sie gegen das Kaiserreich schreien, in Bezug auf Russland sich den Illusionen Napoleon’s III. hingaben, als er im Jahre 1870 an die Freundschaft des Kaisers Alexander II. glaubte, weil ihm der General Fleury von der Liebenwürdigkeit des Zaren für ihn schrieb. Die Gazzetta d’Italia versichert, daß man sich nicht irre, wenn man sage, daß die Vereinigung der drei Kaiser eine innige und eine starke sei. Sie räth daher, niemals milde zu werden, die Wahheit zu sagen; denn auch der Irthum sei unermüdlich. Die Politik der drei Kaiser sei sehr wahrscheinlich nach dem Orient gerichtet und, wenn ihnen Nationen des Occidents irgendwelchen Widerstand leisten wollten, so würden sie alle ihre Kräfte gegen den Widerstand leistenden ausspielen. Auch in der Berichtigung des Königs Alfonso von Spanien mit einer österreichischen Erzherzogin sieht das

erwähnte Journal einen politischen Zweck. Es sei diese Ehe nur unter einer andern Form die Wieder-aufnahme des Projects Hohenzollern vom Jahre 1870, als der Graf Bismarck dachte, Frankreich zwischen zwei Feuer zu stellen. (?) Mit der innigen österreichisch-deutschen Allianz sei die „Gegenwart einer österreichischen Prinzessin unter den Räthen des Königs von Spanien“ so ziemlich gleichbedeutend mit einer deutschen Prinzessin.“

Frankreich.

* Paris, 12. Oct. Henri Rochefort hatte vor der Wahl Humbert’s zum Municipalrat von Paris an die Wähler des Javelviertels einen Brandbrief gerichtet, der in einer Wählerversammlung in der Galerie verlesen worden ist und in welchem es unter anderem heißt:

„Theurer Mitbürger! Es ist noch wenige Jahre her, da ging ich auf den Sanddünen der Halbinsel Duos spazieren. Gegenüber, in einer Entfernung von etwa 2 Kilometer, erhoben sich die Bataillenlager des Bagnes der Infanterie. In dieser kurzen Entfernung hätte ich über das rauschende Wasser hinweg das Kettengerüst der Straßenseile hören können. Jeden Mittwoch verblieb uns ein Trommelwirbel, den wir deutlich hörten, daß man zu der allmächtlichen Bastionade schritt, denn die Soldaten haben auf ihre Art auch Bartgeschlägl. Die Gefangen zu quälen, schien ihnen ganz natürlich, aber es würde ihnen wahre Gewissensbisse bereiten, ihr Geschrei hören zu lassen. Dort, 650 Meilen vom Vaterlande, büßten über 400 Verurteilte des Aufstandes von 1871 unter Dieben, Fälschern, Totschlägern und Vatermördern ihre Strafe ab. Humbert, mein Freund, mein Mitarbeiter, befand sich unter ihnen, und wenn ich die dünnen Trommelschläge hörte, welche die Stimmen der Opfer überluden sollten, sagte ich mir: „Vielleicht ist es Humbert, der eben die Peitschestrafe erleidet!“ Wie weit lag mir damals der Gedanke, daß er eines Tages zu euch trecken und daß ich euch schreiben könnte! Das Verbrechen Humbert’s, wie Marotcan’s, wie mein eigenes Verbrechen war, daß er als Journalist seine Ansichten in einem Journal ausgesprochen hatte! Bekannt wohl, themenreicher Mitbürger, daß er, da er diese Ansichten hatte, ein Lügner und ein schlechter Mensch gewesen wäre, wenn er andere ausgesprochen hätte, daß er, indem er in einem politischen Blatte drucken ließ, was sein Gewissen ihm eingab, nicht nur von seinem Rechte Gebrauch mache, sondern auch seine Pflicht that. Dafür ist er zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilt worden.“

Die France schreibt: „Wir sind in der Lage, über den Standpunkt des Cabinets zur Amnestiefrage folgendes als zuverlässig mitzutheilen: Zwei Minister, nämlich die Herren Lepère und Freycinet, waren der Ansicht, daß es sich empfehle, dieser Frage mit einem kräftigen Entschluß ein Ende zu machen; Dr. Jules Ferry beobachtet noch eine gewisse Zurückhaltung, persönlich ist er gegen die volle Amnestie, vom Standpunkt seines Art. 7 befindet er sich aber in Verlegenheit. Die genannten Minister haben übrigens nur mit allem Vorbehalt ihren abweichenden Standpunkt zu erkennen und dann zu verstehen geben, daß sie sich in die Anschauungen des Hrn. Grévy fügen werden. Dieser ist und bleibt der vollen Amnestie feind. Alles deutet darauf hin, daß Hrn. Grévy, diesmal noch die Zustimmung aller Minister erwirken wird; aber Personen, welche mit der Sachlage genau vertraut sind, erachten, daß dies der legitime Erfolg der conservativen Fraktion des Cabinets sei und daß spätestens im Januar Hrn. Waddington und seine Collegen dasselbe Schicksal ereilen wird, welches vor einigen Monaten Hrn. v. Marcère befallen hat.“

Der Constitutionnel meint zu der Forderung allgemeiner Amnestie: „Was man fordert, das ist nicht ein Act der Milde, sondern ein Triumph. Die Horden der Commune, mit ihren Generälen und Ministern an der Spitze, sollen siegesgekrönt in Paris einzeln, wie dies vor schon langen Zeiten die tapfern Krieger aus der Krim und aus Italien gethan haben. Der Gedanke allein an einen solchen Greuel erregt Ekel in ganz Frankreich.“

In Bezug auf die verschiedenen Vorträge des Hrn. Louis Blanc im mittäglichen Frankreich schreibt das Journal des Débats: „Die Republikaner, welche sich Radikale oder Bourgeoisie nennen, sind Socialisten. Das Programm, welches sie an die Tagesordnung bringen würden, falls sie ans Ruder gelangen sollten, ist großenteils dem Programm des Hrn. Louis Blanc entnommen; es enthält unter andern die Ansicht, von Seiten des Staates der Eisenbahnen und der Versicherungsgesellschaften, im allgemeinen die unbegrenzte Ausdehnung der Funktionen des Staates auf Kosten der Privathäufigkeit. Nun aber ist, wie man mit Recht behauptet hat, der Communismus der Antipode des Fortschritts. Eine Gesellschaft, welche sich den communistischen Experimenten überlassen sollte, würde rückwärts und nicht vorwärts gehen. Wir sind folglich in der peinlichen Lage, eine nicht geringe Anzahl von Parteien zu besitzen, wovon die einen reactionär sind als die andern, und haben denselben nicht das Gegengewicht einer Fortschrittspartei entgegenzustellen; denn unsere Radikale oder unsere sogenannten Bourgeoisie sind in der That die schlimmsten aller Reactionäre. Die Klerikalen und die verspäteten Royalisten würden uns bloss bis zum Mittelalter zurückführen; die Vorgerückten würden uns zu dem commu-

nischen darwin's Standpunkt Interesse das das Louis Blanc sind zur Gegenwart schlagen, seines Repräsentant haft Vorgesetzte. Wir erbliden die sie einen den Zusammenvon 1848. — Der 12. Nov. mehr entschuldiglich ungeeignete nicht längere digten getroffen des Hrn. Louis Blanc fernerhin gebungen.

In dem meist machen Plakat, bei Geschäftsstätten heißt es circa 2 Säulen kommen müssen. Vom dem Freigang Das Land treter der V. monopol! rischen Anderer Grundbesitz sein: «Gott 400 Pächter Montag in gegen die richteten Dingen worden von Amts ausgesetzt von 500 P.

Viele den erlegten in Belgien Gefechten die nach Monaten unter dem Thier in Brüder den Deutschen Stätte und den wütig träge beschäftigt erhalten. Dieser in Verlebensgrößen einen Inland vorberkranz dem Kirchhfigur, in gezeigt ausgestellt von den A. W. gesetzten! derselbe die Brüssel ver und am Tri schließt ist. Publikum 15. Oct. a. Com der Gruß der Bestimmung einer entspr.

Die diesen sehr zu. Die russische Föderation, gänzlich misslungen, den Deutschen gegenwärtigen Auge. Deut und Krm zu rechnen.

zistischen Heerden von Affenmenschen nach der Theorie Darwin's zurückbringen. Nicht sowol aus dem Standpunkte der sozialen Erhaltung, als vielmehr im Interesse des Fortschritts sehen wir mit Bedauern, daß das «Volk» die Pferde der alten Kutsche des Hrn. Louis Blanc abspamat. Die conservativen Interessen sind zur Genüge repräsentiert, und was man dagegen auch sagen mag, vollkommen im Stande, sich zu beschützen, selbst unter der Republik. Wo sind aber die Repräsentanten des Fortschritts? Wo sind die wahrhaft Borgerlichen? Wo sind die Liberal-Demokraten? Wir erblicken dieselben nirgends, und an der Stelle, die sie einnehmen sollten, sehen wir weiter nichts als den zusammengeschrumpften Schweif des Socialismus von 1848."

Der National-Zeitung berichtet man aus Paris vom 12. Oct.: „Die Regierung ist ausscheinend nunmehr entschlossen, die beinahe täglich sich wiederholenden ungesetzlichen Kundgebungen der Communards nicht länger zu dulden. Abgesehen von der angestandigen gerichtlichen Verfolgung der «Marseillais» und des Hrn. Humbert hat der Justizminister verschiedenen Blättern zufolge die Staatsanwaltschaft angewiesen, fernherin gegen alle öffentlichen aufzuhypothetischen Kundgebungen einzuschreiten.“

Großbritannien.

In den irischen Grafschaften Meath und Westmeath macht ein allenhalben angeschlagenes anonymes Plakat, beschriftet „Die einzige Cur für die existirende Geschäftsstodung“, beträchtliches Aufsehen. „Land“, heißt es darin, „muß auf einen gehörigen Werth, circa 2 Sh. 6 P. oder 5 Sh. pro Acre, herunterkommen. Die Farmer Großbritanniens und Irlands müssen Land haben, das sie in den Stand setzt, mit dem Freigutsbesitzer Amerikas concurrieren zu können. Das Land gehört dem Volke; die Krone ist als Vertreter des Volkes und Hüter seiner Rechte und Privilegien der Hauptgrundbesitzer. ... Fort mit dem Bodenmonopol! Wollt ihr agrarischen Streitigkeiten, agrarischen Ausbreitungen, außerordentlicher Polizei und ärgerlichen Steuern ein Ende machen, so wählt keine Grundbesitzer ins Parlament und lasst eure Parole sein: „Gott schütze die Krone und das Volk!““ Über 400 Pächter des Marquis v. Headford hielten am Montag in Virginia ein Meeting und protestierten gegen die Behauptung, daß die an den Marquis gerichteten Drohbriefe von einem seiner Pächter geschrieben worden. Auf die Entdeckung des Schreibers ist von Amts wegen eine Belohnung von 100. Pfd. St. ausgeschetzt worden. Die Pächter zeichneten die Summe von 500 Pfd. St. zur Ausfindigmachung derselben.

Belgien.

Viele der in den Jahren 1870/71 ihren Wunden erlegten deutschen Krieger liegen bekanntlich in Belgien beerdig. Da nach den dort bestehenden Gebräuchen die Gräber in wenigen Jahren, vielleicht schon nach Monaten verschwunden sein werden, so hat sich unter dem Vorstehe des Geh. Commerzienrates Gümmer in Brüssel ein Comité von in Belgien wohnenden Deutschen zur Beschaffung einer bleibenden Ruhestätte und Errichtung eines in fremder Erde ruhenden würdigen Grabdenkmals gebildet. Das durch Beiträge beschaffte Kapital hat, wie verlautet, einen namhaften Zuschuß aus der Privatthauille des Kaisers erhalten. Das Denkmal, eine vom Bildhauer E. Herter in Berlin modellierte Kolossalfigur von doppelter Lebensgröße in galvanisch bronziertem Zinkguß, stellt einen knienden Engel dar, der mit der Rechten einen Lorbeerkrantz auf die Gräber herabreicht, und soll auf dem Kirchhofe zu Brüssel aufgestellt werden. Die Figur, in genialer Composition und auf das geschmackvollste ausgeführt, wird von einem 12 Fuß hohen, von den Architekten Wyllius und Blunschi in Frankfurt a. M. entworfenen und aus englischem Blaustein gesetzten Postament getragen, welches auf der Vorderseite die Inschrift trägt: „Das Vaterland den in Brüssel verstorbenen deutschen Kriegern 1870/1871“, und am Triglyphenfries mit zwei eisernen Kreuzen geschmückt ist. Die Kolossalfigur ist für das kunstliebende Publikum zur unentgeltlichen Besichtigung bis zum 15. Oct. auf dem Hofe der Kunstgießerei von Castner u. Comp., Berlin, Chausseestraße 24, wofür auch der Guß erfolgt ist, ausgestellt, um aldann an seinen Bestimmungsort geschafft und nach der Aufstellung mit einer entsprechenden Feier eingeweiht zu werden.

Rußland.

Die deutsche Sanct-Petersburger Zeitung enthält einen sehr verständigen Artikel, worin sie sagt:

Die russische Presse, besonders die «Neue Zeit», hört nicht auf, des Fürsten Bismarck Reise nach Wien als gänzlich möglich zu bezeichnen. Die genannte Zeitung bringt heute sogar von einer „isolirten Lage des Bismarck'schen Deutschlands“. Dieses Stichwort scheint uns im gegenwärtigen Augenblick zu passen wie die Faust aufs Auge. Deutschland steht mit Österreich Rücken an Rücken und kann in Arm und Rußland hat mit dieser Thatsache zu rechnen. Freilich ist Rußland so gestellt, daß es nur

von ihm abhängt, seine Isolierung (die der Golos jüngst als ein „Güld“ prist) nach seinem Belieben aufzugeben. Auch aus den schärfsten Artikeln, die deutschseits gegen die russische Politik geschrieben wurden, klung deutlich vernehmbar der Wunsch hervor, die alten Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland wiederherzustellen. Eine dauernde Trennung der alten Freundschaft ist in den politischen Kreisen Deutschlands, soweit wir die Sachlage beurtheilen können, wahrlich nie gewünscht worden.

Eine Petersburger Correspondenz des Soleil (jenes orleanistischen Organs, in dessen Spalten bekanntlich jüngst Fürst Gortschakov sein Herz ausgeschüttet) spricht sich so aus:

Die Stimme der Vorsicht und die friedlichen Entschlüsse haben die Oberhand behauptet; man konnte das erwarten. Ganz zuerst mußte es für jeden, der den Charakter des Kaisers Alexander, seinen Abscheu vor dem Kriege, seinen Sinn für Reformen und für die regelmäßige Entwicklung der Nation kennt, ersichtlich sein, daß die russische Regierung, um einen Bruch zu vermeiden, alle mit der Würde des Landes verträglichen Versöhnungsmittel erschöpfen werde. Die alte Tradition der russischen Diplomatie, die preußische Allianz durch Alexander I. und durch den Baron Nikolaus geschlossen und besonders durch die Familienbeziehungen der Hölle von Petersburg und Berlin bestiftet, konnte sich nicht auf den ersten Schlag lösen. Obgleich er im Orient zwei große Kriege geführt hat, ist der Kaiser Alexander vielleicht von allen Souveränen Europas berüchtigt, welcher sich am wenigsten durch Glanz des militärischen Ruhmes blenden läßt. Man hat dies im letzten Jahre gesehen, zur Zeit des Berliner Congresses, in dem Augenblide wo die aufgeregte Nation nur ein Signal erwartete, um dem Kriege mit England zujuuchen. Nein, die gegenwärtige Krise konnte keine entscheidende sein; es ist schon hinreichend genug, daß es einen Augenblick schien, als ob sie den Frieden Europas in Frage gestellt habe. Aber heute, nachdem sich die Wölfe zerstreut haben, bleibt es nicht bewußt, ob die alte Allianz für immer zerissen ist und daß der Zusammenhang zwischen Deutschen und Slaven, wenn auch verschoben, doch unablässlich geworden ist. Uebrigens hat noch ein anderes Motiv dazu beigegetragen, Rußland sehr vorsichtig zu machen; es ist die politische Isolierung, von der es im Falle erster auswärtiger Verstülpungen bedroht ist. Die famose Allianz der drei Kaiser, dieser Anachronismus, hat sich von selbst unter dem Druck der Ereignisse aufgelöst. Die Feindseligkeit Preußlands und Deutschlands gegen Rußland, unzählig durch den guten Willen Italiens kompensirt, noch verschärfert durch das Misstrauen Englands und durch die unbegreifliche Verbündung des französischen Cabinets (1), bildet für das russische Reich eine im höchsten Grade misliche Situation. Um den Orient zu beherrschen und um Europa standzuhalten, bedarf Rußland um jeden Preis einer continentalen und einer maritimen Allianz. Die Vereinigten Staaten haben seit langer Zeit die maritime Allianz angenommen. Aber wo die continentale Allianz finden? Nur zu lange hat man hier auf Deutschland geahnt, trotz der klar schiedenden Prophesien der panamericischen Presse. Heute ist man wohl gezwungen, an Frankreich zu denken; aber die Frage des Bosporus beschäftigt, wie es scheint, Hrn. Waddington und seine Collegen weit mehr als die Rheinfrage, und die Unabhängigkeit der asiatischen Türkei liegt ihnen bedeutend mehr am Herzen als die Elsass-Lothringen. Bei einer solchen Sachlage ist es das Klügste, zu warten und, ohne eine Wiene zu verzichten, die unverschämten Verschlägen des Fürsten Bismarck zu trotzen. Bei einer solchen Sachlage ist es das Klügste, zu warten und, ohne eine Wiene zu verzichten, die unverschämten Verschlägen des Fürsten Bismarck zu trotzen. Bei einer solchen Sachlage ist es das Klügste, zu warten und, ohne eine Wiene zu verzichten, die unverschämten Verschlägen des Fürsten Bismarck zu trotzen.

Die Nachrichten von der ahal-telinischen Expedition fangen mit einem mal an weniger günstig zu lauten. Um ein kleines Bild von den Schwierigkeiten zu entwerfen, die sich den Truppen des Generals Lomakin entgegenstellen, beschreibt der Russische Invalide in kurzen Worten den Weg des letzten Echelons der Hauptmacht von Tschitschlar nach Tsch. Olum. Danach blieb die Colonne mehrere Tage ohne brauchbares frisches Wasser. Dann von Tschitschlar bis Bewjun-Baschi am ersten Tage fand man nur wenig Wasser; in drei Brunnen und in den Seen in der Nähe der Brunnen war das Wasser bittersalzig und wurde selbst von den Kamelen verschmäht, trotzdem marschierte die Colonne 32 Kilometer in glühender Sonnenhitze. Am zweiten Tage fand sich von Bewjun-Baschi bis Delili, 23 Kilometer, gar kein trinkbares Wasser, und die Truppen litten furchtbar durch die Hitze; am dritten Tage, von Delili bis Gubri, wurde der Acre erreicht, am vierten Tage überschritten; der Acre scheint indessen auch nicht das gesundste Wasser zu liefern, denn erst am achten Tage — von Tschat bis Tsch. Olum — sagt der Bericht: hier fand man gutes Wasser. Das schlechte Wasser und die Hitze hatten die Truppen ganz von Kräften gebracht, erst in der Nähe von Chodham-Kalas sank die Temperatur und das Wasser wurde besser. Wenn man dazu bedenkt, daß trotzdem täglich im Durchschnitt 22 Kilometer marschiert wurden, so kann man den russischen Truppen vollste Anerkennung nicht versagen.

Königreich Sachsen.

Wie das Dresdner Journal aus Dresden vom 13. Oct. berichtet, hat infolge Beschwerde einiger dresdener Kunsthändlungen die Kreishauptmannschaft zu Dresden nachstehende Verordnung an die Polizeidirection erlassen:

Die königliche Kreishauptmannschaft wünscht, daß von dem Verbot der Auslegung der Photographie des Malartischen Bildes: „Einzug Karl's V. in Antwerpen“, in den Schauspielern bisliger Kunsthändlungen bei dem anerkannten Kunstmärkte dieses Meisterwerkes wieder abgesehen werde. Dagegen bestätigt man das gleiche Verbot, insofern dasselbe bezüglich der photographischen Abbildungen einzelner Frauen-

gruppen sowie wegen der Photographie des Bildes von Siemiratzki: „La coupe ou la femme?“, polizeilich verfügt worden ist. Denn, soviel zunächst jene Frauengruppen anlangt, so verkehrt es sich von selbst, daß dieselben als willkürlich und mit unverkennbarer Absicht aus dem Zusammenhange der ganzen Darstellung herausgegriffene Theile einer selbständigen und andern Beurteilung unterliegen als das Gemälde selbst in seiner Gesamtheit und seiner untrennbar künstlerischen Aussöhnung. Die Ausstellung von Abbildungen der nur erwähnten Frauengruppen sowie des obgedachten Werkes von Siemiratzki an solchen Orten, wie Schaukabinett, welche dem Publikum überall zugänglich sind, ist geeignet, das sittliche Gefühl zu verleben und öffentliches Vergnügen zu erregen. Die Befreiung derartiger öffentlicher Nebelsstände gehört aber unzweifelhaft zu den Aufgaben und Pflichten der Polizeibehörde, und wird daher die letztere auch hinauf zu der Überwachung von Unzuträglichkeiten der hier besprochenen Art ihre besondere Aufmerksamkeit zu wenden haben.

Leipzig, 14. Oct. Unsere gestrige, dem hiesigen Tageblatt entnommene Mitteilung über den feierlichen Schluss der hiesigen Kunstgewerbeausstellung haben wir heute nach derselben Quelle dahin zu berichtigen, daß dieser Schluss nicht um 12 Uhr, sondern um 3 Uhr am 15. Oct. stattfindet. Betreffs des Abkommen zwischen den städtischen Behörden und dem Ausstellungskomitee wegen Uebernahme des Ausstellungsgebäudes auf die Stadt wird eine offizielle Darlegung des Thatbestandes in Aussicht gestellt; wir werden, sobald diese erschienen, darüber berichten. Die Notiz der Leipziger Nachrichten darüber scheint nicht allseitig genau zu sein. Endlich entnehmen wir mit Vergnügen dem Tageblatt, daß auf der am 12. Oct. in Grünberg in Schlesien abgehaltenen Generalversammlung des Centralverbandes deutscher Wollwarenindustrieller einstimmig beschlossen worden ist, die für nächstes Jahr beabsichtigte deutsche Wollwarenausstellung in Leipzig abzuhalten. Bekanntlich concurrenzierten darin mit Leipzig Berlin und Dresden. Es wird dies also wol die nächste umfängliche (für Leipzig jedenfalls sehr vortheilhafte) Verwerthung des Ausstellungsgebäudes sein.

Meißen, 8. Oct. Heute wurde hier mit entsprechender Feierlichkeit ein neues städtisches Schulgebäude eingeweiht. Es ist bestimmt zur Aufnahme der höheren Töchterschule und der Mädchenklassen des mittleren Bürgerschule, und das dritte Schulgebäude, das die Stadt Meißen innerhalb des Zeitraumes von 24 Jahren von Grund aus neu erbaut hat. Zur Zeit sind 16 Klassen in Benutzung, weitere 8 können noch eingerichtet werden. Die Bau- und Einrichtungskosten belaufen sich ohne den Grund und Boden auf jährlich 300000 M. Die vor vier Jahren erst erbaute zweite Bürgerschule kostete der Stadt 175000 M. Aus dem bei der heutigen Weihe von dem Bürgermeister Dirschberg gegebenen historischen Rückblick über die Entwicklung des Schulwesens in Meißen war zu entnehmen, daß vor 40 Jahren, bei einer Kinderzahl von etwa 1100 Köpfen, 11 Lehrer wirkten, während jetzt, bei einer Kinderzahl von etwa 1800 Köpfen, 40 Lehrer angestellt sind. Der Haushaltplan bei der Schule wies vor 40 Jahren etwa 15000 M. auf, während er jetzt nicht weniger als 150000 M. beträgt.

Aus Annaberg wird gemeldet, daß der dortige Bürgerschuldirektor Dr. Hartmann bei einer amtlichen Hauptkonferenz der Lehrer des Schulinspektionsbezirks Annaberg in Gegenwart des Schulrats Dr. Spiek, des Amtshauptmanns Dr. v. Bernowitz, des Superintendents Schmidt und anderer Herren sowie von 130 Lehrern des Bezirks einen Vortrag über den „Verbalismus (Worträumen) in der Volksschule“ gehalten, dessen Grundgedanken von der Versammlung fast einstimmig angenommen wurden, und daß er in diesem Vortrage gesagt:

Der Volksschule muß ein Theil der Schuld an den höchst traurigen Zeitverhältnissen zuerkannt werden, indem sie vielfach einen geist- und herzöttenden Verbalismus in sich verbreitet. Derselbe verhindert den Religionsunterricht, macht den Sprachunterricht zur Schablonenwirtschaft oder Saladerie, erniedrigt die Geschichte zur Trägerin von Phrasen und schreckt von dem veredelnden Umgange mit der Natur durch seine herzlose Käthe ab.

Als Aufgabe der Volksschule ergebe sich daher die Befreiung dieses Verbalismus und die Verwirklichung der Idee eines erziehenden Unterrichts im Sinne Herbart's. Unsere neuere Volksschulgesetzgebung könne nicht verantwortlich gemacht werden für den Theil der Schuld an den traurigen Zeitverhältnissen, welche der Volksschule zuerkannt werden müßte.

Leipzig, 14. Oct. Von morgen ab tritt im ganzen Deutschen Reich der Winterschulplan der Eisenbahnen in Kraft. Die Änderungen, welche die hier abgehenden und ankommenden Züge dadurch erfahren, sind bereits im Tageskalender unserer heutigen Rundschau berücksichtigt. Wir knüpfen hieran zugleich die Mitteilung, daß am 16. Oct. die Verbindungsbahn Gatschow-Plagwitz mit den Haltestellen Gatschow und Großschocher auch für den Personenverkehr (mit Secundärbetrieb) eröffnet wird.

Das bekannte und beliebte Vergleichnis der „Fahrpläne sämtlicher sächsischen Eisenbahnen und anderer deutscher und österreichischer Bahnen sowie der Fahrgästen und Dampfschiffe“, zusammengestellt von Robert Fritzsche, ist soeben in der Winterausgabe (15. Oct. 1879 bis 15. Mai 1880) erschienen.

Bekanntmachung.

Subscription auf 38 Millionen Mark 4prozentiger Bayerischer Staatsobligationen.

I. Nachdem für die Convertirung der laut Bekanntmachung der Königl. Bayer. Staats-Schulden-Tilgungs-Commission dd. 18. August 1879 aufgerufenen gesamten 4½%igen Bayerischen Staatsschuld der Betrag von 39,300,000 Mark 4%ige Bayerische Staatsobligationen nicht in Anspruch genommen worden ist, werden hiermit von dem Uebernahme-Consortium

Mark 38,000,000 Nom. 4% Bayerischer Staatsobligationen

zur öffentlichen Subscription aufgelegt.

Die Subscription findet gleichzeitig statt bei der

Königl. Hauptbank in Nürnberg und ihren Filialen in Amberg, Ansbach, Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Hof, Ludwigshafen, München, Passau, Regensburg, Schweinfurt, Straubing, Würzburg,

bei der **Bayer. Hypotheken- und Wechselbank in München**,

„ **M. A. v. Rothschild & Söhne in Frankfurt a. M.** „

bei der **Direction der Disconto-Gesellschaft in Berlin**,

„ **Württemberg. Vereinsbank in Stuttgart**,

„ **Bank für Handel und Industrie in Darmstadt**,

Leipziger Bank in Leipzig,

„ **Filiale der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt in Dresden**.

II. Der zu begebende Anleihebetrag ist ausgefertigt in Stücken, auf den Inhaber lautend, über 10,000 — 2000 — 1000 — 600 — 400 und 200 Mark. — Die Obligationen sind mit halbjährlichen Zinscoupons versehen, welche in verschiedenen Terminen je am 2. Januar und 1. Juli, 1. April und 1. Oktober zahlbar sind.

III. Die Subscription findet in den üblichen Geschäftsstunden

Donnerstag den 16. October d. J. und Freitag den 17. October d. J.

statt.

IV. Der Subscriptionspreis ist auf 98 Prozent unter Vergütung der laufenden Stückzinsen festgesetzt. Bei der Zeichnung muss eine Caution von 10% des Nominalbetrages in bar oder börsengängigen Effekten deponirt werden, über deren Zulässigkeit die Subscriptionsstelle entscheidet.

V. Die Zutheilung des Zeichnungsbetrages wird nach Schluss der Subscription baldmöglichst erfolgen. Bei einer Ueberzeichnung bleibt die Reduction dem Consortium vorbehalten. — Anmeldungen auf bestimmte Appoints können nur insoweit berücksichtigt werden, als dieses nach Beurtheilung des Consortiums mit den Interessen der anderen Zeichner verträglich ist.

VI. Die Abnahme der zugetheilten Beträge kann vom **24. October d. J.** ab gegen Zahlung des Preises und Ausgleichung der laufenden Stückzinsen geschehen.

Der Subscriptor ist jedoch verpflichtet:

Ein Fünftel der Zutheilungen am 24. October d. J.,

Zwei Fünftel „ „ „

Zwei Fünftel „ „ „

spätestens am 24. November d. J.,

spätestens am 22. December d. J.

abzunehmen. Nach vollständiger Abnahme wird die Caution verrechnet bzw. zurückgegeben. Für Beträge bis einschliesslich **10,000 Mark Nominal** ist keine successive Abnahme gestattet und sind solche am 24. ds. Mts. zu reguliren.

Die Stücke sind von derjenigen Stelle zu beziehen, bei welcher die Zeichnung erfolgte.

VII. Jeder Zeichner erhält über seine Zeichnung und die geleistete Caution eine Bescheinigung. — Diese Bescheinigung ist bei jedesmaliger Abnahme behufs Abschreibung der abgenommenen Beträge vorzuzeigen und muss bei der Abnahme der letzten Stücke zurückgegeben werden.

Nürnberg, im October 1879.

[1917]

Für das Consortium:
Königl. Hauptbank.

Agentur für Stettin.

Ein erfahrener Kaufmann, 25 Jahre am Platze thätig, mit allen Geschäftsverhältnissen genau bekannt, wünscht die Vertretung noch einiger leistungsfähiger Häuser zu übernehmen. Prima-Referenzen. Offeren sub **D. G. 20249** an **S. Salomon**, Stettin, Annonen-Bureau. [1881—83]

Manilla-Hanfwaaren.

Specialitäten: Hanftaschen, Damen- und Kindertaschen, Läufer, Matten etc. auch schwarz und bunt, ab unsren Fabriken Oberfeld und Uetersen. Muster geg. Nachn. (H 61668) **Borler & Redwitz**, [1485—94] Ludwigshafen am Rhein.

ASTHMA und CATARRHE

Bestes Cigarettes Espic in 1000
Mittel. Depot in allen Apotheken.

Zweites Abonnement-Concert im Saale des Gewandhauses zu Leipzig.

Donnerstag, 16. October 1879.

Erster Theil. Ouverture (No. 3) zu „Leonore“ von L. van Beethoven. — Recitativ und Arie, nachkomponirt [1918]

zu der Oper „Faust“ von Spohr, gesungen von Fräulein Lilli Lehmann, kgl. preuss. Hofopernsängerin aus Berlin. — Concert (Es-dur) für Pianoforte von L. van Beethoven, vorgefragten von Herrn Dr. Otto Neitzel aus Strassburg. — Lieder mit Pianoforte, gesungen von Fräulein Lehmann: a) „Träume“ von Wagner. b) „Gretchen am Spinnrad“ von Schubert. c) „In der Märznacht“ von Taubert. — Solostücke für Pianoforte, vorgebrachte von Herrn Dr. Neitzel: a) Notturno Op. 37 Nr. 2. b) Fantasie Op. 49 von Chopin.

Zweiter Theil. Symphonie (No. 1, C-moll) von J. Brahms.
Billetts à 3 Mk, Speratsche à 4 Mk sind im Bureau der Concert-Direction und am Haupteingange des Saales zu haben.

Einlass um 6 Uhr. Anfang ½ 7 Uhr. Ende ½ 9 Uhr.

Das 3. Abonnement-Concert ist Donnerstag den 23. October 1879.

Eintrittskarten zur Hauptprobe, welche Mittwoch den 15. October, Vormittag 9 Uhr, stattfindet, sind à 2 Mk am Eingange des Saales zu haben.

Da die vollständige Ausführung des Concertprogramms in den Hauptproben Mittwoch Vormittag wegen möglicher Abwesenheit der auswärtigen Künstler nicht immer gewährleistet werden kann, so soll vor jeder Hauptprobe das Programm derselben sowohl im Bureau der Concert-Direction als auch an der Casse dem geohr-Publicum bekannt gemacht werden.

Die Concert-Direction.

Kölner Gemälde-Auction.

Die erste Abtheilung des reichhaltigen Gemälde-Lagers des Kunsthändlers Herrs Friedr. Kayser in Frankfurt a. Main kommt den 28.—30. October durch den Unterzeichnsten in Köln zur Versteigerung; dieselbe enthält vorzügliche Bilder und zwar 286 Arbeiten älterer Meister und 104 moderner Meister.

Illustrirte Cataloge sind zu haben.

[1916]

J. M. Heberle (H. Lempertz' Söhne) in Köln.

Die Announces-Expedition von J. Barck & Co.

in Halle a. d. Saale

empfiehlt sich zur Annahme von Insolvenzen

in alle Zeitungen.

Privat-Entbindungs-Anstalt.

Gebammte Wittwe Berg, Buchholzg. 6, Mainz.

[1860—65]

Ein 28jähriger junger Mann, der im Unterrichten erfahren ist und die deutsche und franz. Sprache ganz gut kennt, sucht eine Stelle in einem Institut oder in einer Familie. Man wende sich an Herrn Pfarrer Jaquet in Genf. [1907—8]

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Dr. Maschineningenieur Moritz Günther in Berlin mit Fr. Helene Teichmann in Altenburg. — Dr. Karl Illgauer in Göttingen mit Fr. Elisabeth Reefe-Hilsbert. — Dr. Carl Joachim in Leipzig mit Fr. Anna Simon.

Gefreut: Dr. Hermann Altner in Leipzig mit Fr. Elisabeth Reefe-Hilsbert. — Dr. Carl Joachim in Leipzig mit Fr. Anna Simon.

Verlobt: Dr. Konrad Oehl in Dresden mit Fr. Sophie Böhl.

Verlobt: Dr. Eduard Brodhaus in Leipzig.

Verantwortlicher Redakteur: Prof. Dr. Karl Biebermann in Leipzig. — Herausgeber: Dr. Eduard Brodhaus in Leipzig. — Druck und Verlag von G. L. Brodhaus in Leipzig.

Mr. 24
Leipzig
erhält unter E
1879
Preis
1879
30 Pf.

Telegr
* Baden
besuchte gestern
Sachsen die T
bei dem Prei
ja dinieren.
* Rückkehr
jeden Gew
Versammlung
Verlagen der
und des Mu
Einführung
nachweis, 2
ungsklassen,
Unterschif

* Stuttgart
siedeln in He
stelle zwei a
kommen. D
und 13 Reis
motivführer

* Wien
Die Sitzu
licher Minister
die neu einget
Bertolini, Hö
ödlich gleichf
welche keiner
erklärt. Bei
wurde Graf C
Präsidenten a
Ansprache fü
Beratungen un
dem er zugle
warmte Worte
jähriger Ab
geschäftlichen Ab
ihres Weise
dieselben mi
einbar seien.
olle, und foto
geordnete ih
rungen häfteten
sammelt erha
frisch vollzog
gab der Präs
wieder auflo
genden wirts
die Volksvert
willigkeit ver
ten, welche d
Der Präsident
welches die B

* Wien
Zum erste
180 von 389
Aler, erhielt
ging Goedel-
Wohlneur he
Haus den Er
und die Cinf
Auschusses ja

Leipz
Grupp
4 Leipz
Ausstellung
obwohl sie a
ordnung ver
durf wohl f
Abtheilung d
Buchdruck.
auf einer U
des deutschen
sondern auch
Gewerbe in
vertreten sei
Schönen un
Publik desfe
mann gar r
Gelegenheit
ist die leicht
sich im entsc
betroffenden
haupt als g
die erfreulid
worden ist,
stungen fast
auf Grund e
eines Kunstr
man wol
Druckwerke
schauers geh
stellten Erge